



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hacker,  
liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,  
liebe Bürgerinnen und Bürger, die heute wirklich zahlreich erschienen sind,  
sehr geehrter Herr Harter von der Esslinger Zeitung

ein politischer Ausblick in das Jahr 2012 kann in Baden-Württemberg nicht vorgenommen werden, ohne sich mit den einschneidenden Ereignissen des Jahres 2011 und den inzwischen vollkommen veränderten politischen Rahmenbedingungen in Baden Württemberg zu beschäftigen.

Weltpolitische, bundespolitische und landespolitische Entwicklungen haben eine solche Durchschlagskraft erreicht, dass eine gedankliche Eingrenzung auf die Bedürfnisse und Anliegen in unserer Kommune allein nicht mehr angemessen erscheint – auch wenn die Versuchung, sich auf die eigene, kleine Welt zu beschränken, sehr groß ist. Denn die Entwicklungen scheinen oft zu komplex und zu widersprüchlich zu sein, als dass es einem noch gelingen mag, Ursache und Wirkung zu erkennen und zu begreifen.

## **1 Wirtschaftswachstum trotz Finanzkrise**

Welches Ausmaß ein solches Auseinanderdriften angenommen hat zeigt nicht zuletzt das von niemanden vorhergesagte wirtschaftliche Erblühen der Bundesrepublik Deutschland nach der Finanzkrise, das sich in einem Widerspruch zum drohenden Finanzkollaps von ganz Europa zu befinden scheint.

Und doch gibt es Anzeichen, die die diese Widersprüche erklärbar machen. Vor allem darf die Kraft der Produktion, die Herstellung und der Handel mit Waren und Gütern nicht unterschätzt werden. Der Erfolg der totgesagten „Old Economy“ ist es, der den Menschen Lohn und Arbeit gibt.



Und unter Erfolg ist nichts anderes zu verstehen, als das Wirtschaftswachstum selbst, das eben nicht, wie von vielen angenommen und immer wieder propagiert, in einer Exponentialkurve zur Selbstzerstörung der Menschheit führt. Der Irrtum dieser eigentlich unverantwortlichen Untergangsstimmung liegt darin, dass folgende vier Merkmale von Wachstumsprozessen teilweise auch mit Absicht übersehen werden.

### 1) Steigerung der Effizienz

Erfolgreiches Wachstum entsteht nicht aus einer Steigerung des Verbrauchs sondern aus einer Steigerung des Ertrages. So hatten wir in Deutschland einen Rückgang der CO<sub>2</sub> - Emissionen in den vergangenen 20 Jahren um 20 %, bei einem im Mittel zumindest kontinuierlichen Wirtschaftswachstum und einer fast konstanten Einwohnerzahl von 80 Mio Menschen. Einen besseren Beleg für die Umweltverträglichkeit von Wachstumsprozessen kann nun wirklich nicht erbracht werden, ein Schlüssel zum Erfolg ist daher die Steigerung der Effizienz.

### 2) Steigerung der Innovation

Erfolgreiches Wachstum entsteht aus einer Kombination von Innovation, Expansion und Substitution (Ersatzinvestition). Es wird immer das erschreckende Szenario benannt, was wäre wenn alle Inder oder Chinesen ein Auto hätten. Was ist aber, wenn alle Inder oder Chinesen einen Laptop haben, und dadurch das Bedürfnis nach körperlicher Mobilität eine ganz andere Entwicklung nimmt. Wir sollten hier unsere eigene Prognosefähigkeit nicht überschätzen, ein Schlüssel zum Erfolg ist daher die Steigerung der Innovation

### 3) Steigerung des Recycling

Wachsen und Sterben sind untrennbar miteinander verbunden. In diesem Sinne gibt es nur Umwandlungsprozesse und keine wirkliche Zunahme oder Abnahme. Die Ressourcenknappheit gilt daher immer nur für einen betrachteten Zeitabschnitt. Nichts anderes steckt hinter der Kreislaufwirtschaft und sie ist die Ursache der nicht zu unterschätzenden Regenerationsfähigkeit der unterschiedlichen Kulturen und der Natur selbst, ein Schlüssel zum Erfolg ist die daher Steigerung des Recycling



#### 4) Steuerung von Anpassungsprozessen

Es gibt selbstverständlich natürliche Wachstumsgrenzen, in der Natur selbst und auch in der Beziehung des Menschen zur Natur. Das eindringlichste Beispiel ist der Flächenverbrauch. Doch auch hier ist übertriebene Sorge – zumindest bei uns in Deutschland - nicht angesagt. Deutschland hat eine Fläche von ca. 360 tausend km<sup>2</sup>, die Siedlungs- und Verkehrsfläche beträgt derzeit rund 50 tausend km<sup>2</sup>, also 14%. Der Flächenverbrauch pro Jahr beträgt derzeit 285 km<sup>2</sup>, also 0,8 Promille der Gesamtfläche in Deutschland mit deutlich fallender Tendenz, in den vergangenen 10 Jahren ist der jährliche Flächenverbrauch um insgesamt 40% gefallen ist. Auch hier ist der Beleg zu finden, dass Wachstumsprozesse immer einer sogenannten logistischen Kurve folgen, wenn das Wachstum an seine Grenzen kommt. Das Wachstum geht gegen null und kann dann auch negative Werte annehmen. Natürlich steckt in der Bewältigung solcher Anpassungsprozesse die größte Herausforderung, ein Schlüssel zum Erfolg ist daher die Steuerung.

Wenn alle vier Merkmale beachtet werden – Effizienz, Innovation, Recycling und Steuerung – dann ist die Grundvoraussetzung für ein ökologisch verantwortbares Wirtschaftswachstum gegeben.

Es gibt daher keinen Grund, sich für das Erholen der Wirtschaft in den vergangenen zwei Jahren zu schämen, im Gegenteil. Ohne die damit verbundenen Mehreinnahmen der öffentlichen Hand, wären drei Dinge nicht möglich. Zukunftsinvestition – Schuldenabbau – und die Steuerung der Gesellschaft. Im Landeshaushalt haben sich die unerwarteten Mehreinnahmen auf 2 Milliarden Euro in 2011 aufsummiert.

## 2 Das Straßennetz optimieren

Wer jedoch erwartet hätte, dass hier ein Schuldenabbau stattfindet, der wird enttäuscht. Wer glaubt, dass hier Zukunftsinvestitionen getätigt werden, auch der wird enttäuscht, das beste Beispiel ist hier der Straßenbau. Die These, dass wir genug Straßen haben, ergibt sich nicht aus der Analyse der Situation, sondern aus dem Glaubensbekenntnis, die Straße zu einem knappen Gut machen zu wollen

Das Ziel eines solchen Handelns erschließt sich einem nur, wenn man versucht die Logik der Wachstumskritiker zu verstehen. In der Welt der Wachstumskritiker ist Wachstum – wie gesagt - immer eine unbegrenzte und



damit selbstzerstörerische Größe. Die Einflüsse aus der Effizienzsteigerung, der Innovation, dem Recycling und der immer stattfindenden Anpassung an Wachstumsgrenzen wird ignoriert, obwohl gerade das die Gesetze der naturwissenschaftlichen Ökologie sind.

In dem Verständnis von Wachstumskritikern spielen hingegen die Ängste vor einer durch Wachstum ausgelösten Katastrophe die zentrale Rolle. Nach ihrer Ansicht kann die Zerstörung der Welt nur durch eine vom Menschen selbst verursachte Begrenzung des Wachstums verhindert werden. Der Satz „weniger Autos sind besser als mehr Autos“ sagt alles, und er hat eine ungeheure Suggestivkraft. Ohne es zu sagen wird hier eine Gefahr heraufbeschworen, die bei näherem Hinschauen durch Zahlen nicht belegbar ist. Die jährliche Zunahme des KFZ Bestandes liegt inzwischen nämlich unter 1%, das Wirtschaftswachstum der Automobilbranche ist im Inland also nicht durch Expansion, sondern durch die Substitution, also dem Ersatz von alten durch neue Fahrzeuge, bestimmt.

Der Wunsch nach weniger Autos ist also tatsächlich mit der Absicht verbunden, ein staatlich initiiertes Negativwachstum in dieser Branche auszulösen. Es soll also der Fahrzeugbestand reduziert werden und nicht, wie man vermuten durfte, eine Zunahme der Fahrzeuge verhindert werden. Der Autoverkehr soll unattraktiv gemacht werden, es sollen sogenannte Entfernungsbarrrieren aufgebaut und damit insbesondere der Austausch von Waren und Gütern erschwert werden.

Die Anforderung an die Verkehrspolitik für Baden Württemberg mit einer über das ganze Land verteilten Industrie ist jedoch vollkommen entgegengesetzt, denn es lebt von der verkehrlichen Vernetzung der Zulieferer! Es ist nun tatsächlich kein Bedarf an einer großmaßstäblichen Erweiterung des Verkehrsnetzes vorhanden, aber es gibt einen Bedarf der Optimierung der Knoten und damit des Verkehrsflusses, nicht um den Pendlern das Leben leichter zu machen, der Frust im Stau wird hier sicherlich zu einem veränderten Verhalten bei der Wohnort- und Arbeitsplatzsuche führen. Es geht um die Mobilität auch außerhalb der rush-hour.

### **3 Die Nordumfahrung nicht aufgeben**

Die Nordumfahrung ist ganz klar eine neue Umgehungsstrasse, für die es zweifelsohne einen Bedarf gibt. Jeder jedoch, der sich jetzt dafür einsetzt, muss damit rechnen, dass sein Verhalten von oben herab als irrational bezeichnet



wird. „Schließlich könne nicht jede Gemeinde eine Umgehungstraße bekommen“ und „es müsse endlich Schluss sein mit dem Straßenbau auf Pump“ so die Zitate unseres Verkehrsministers.

Die Kommunen vor Ort jedoch können sich gegen die autoritäre Übermacht des Verkehrsministeriums, das sich gewissermaßen zum Kompetenzzentrum für negatives Wirtschaftswachstum entwickelt, nicht wehren.

#### **4 Den S-Bahnanschluss nach Neuhausen verwirklichen**

Auch das klare Ergebnis des Volksentscheids für die Verwirklichung von S21 wird meiner Einschätzung nach kaum zu einer wirklichen Projektförderung führen. Zu stark ist der eigene Glaube an die Richtigkeit der Wachstumskritik. Es wird daher eine auf Verzögerung und Behinderung ausgerichtete Politik unter dem Deckmantel der Kostenkontrolle geben, deren Auswirkung wir auf den Fildern noch deutlich zu spüren bekommen. Der nächste Konfliktpunkt ist hier ja schon ausgemacht – es darf nach Ansicht der Grünen kein Filderbahnhof gebaut werden. Anstatt hier, wie SPD und CDU das tun, auf Optimierungen zu drängen, wird erneut das Gesamtkonzept – wie bei der Auseinandersetzung um den Tiefbahnhof – in Frage gestellt. Die politische Agenda der Gegner von S21 ist jetzt die Verunmöglichung des Projektes durch Zeitverzögerung. „Wir haben zwar nicht die Mehrheit, aber wir haben recht“ ist der zutiefst undemokratische Wahlspruch der S21 Gegner verbunden mit einer durch nichts zu übertreffenden moralischen Arroganz: „man mache das Ganze ja nur, um Schaden vom Allgemeinwohl abzuwenden.“ Die Kosten der mit Unterstützung der Grünen in der Landesregierung stattgefundenen Proteste gegen S21 sind inzwischen auf 25 Mio angewachsen – das Ende ist nach oben offen.

Natürlich hat das Auswirkungen auf den möglichen S-Bahnanschluss nach Neuhausen. Zeitverzug bei S21 ist immer mit Kosten verbunden und reduziert automatisch die Verwirklichungschancen einer Schienenverbindung nach Neuhausen.

An die Gegner von S21, vertreten letztendlich durch die Grünen, muss die Frage erlaubt sein, ob sie wirklich an einem S-Bahnanschluß nach Neuhausen interessiert sind. Ich hege hier berechtigte Zweifel, die in den Positionen der Vergangenheit begründet sind. „Eine konsequente grüne Politik kann eigentlich keinen S-Bahnanschluss nach Neuhausen befürworten, der dadurch ausgelöste Siedlungsdruck wäre unverantwortlich“ so die ursprüngliche Position von Karin Siegel, als sie Mitglied im Gemeinderat von Neuhausen war. Das wäre aus



meiner Sicht eine durchaus konsequente und gradlinige Haltung. Es stellt sich die Frage, warum wurde diese Position aufgegeben? Ist die Unterstützung für die S-Bahn vielleicht nur ein Lippenbekenntnis, weil man weiß, wenn sie kommt, kann man eh nichts dagegen ausrichten aber wenn sie nicht kommt, ist man auch nicht undankbar?

## **5 Gemeinsam für Neuhausen**

Eines ist jedenfalls klar, wir haben keine einheitliche und aufeinander abgestimmte Interessensvertretung von Neuhausen mehr. Auf der einen Seite haben wir die Mehrheitsentscheidungen, die dann die Linie der Gemeindeverwaltung und die Position von Freien Wählern, SPD und CDU bestimmt, und auf der anderen Seite haben wir die Position der Initiative Grüne Liste, die in Kooperation mit der Landesregierung, der Schutzgemeinschaft Filder und den grünen Ortsverbänden diese Ziele zu unterlaufen sucht.

Das ist ein absolutes Novum. Die Kommunalpolitik von Neuhausen wird dadurch zum Spielball grüner Parteipolitik. Nach meiner Einschätzung entspricht das nicht der Erwartungshaltung der Wählerinnen und Wähler an den Gemeinderat. Wer folgenden Satz gesagt hat, weiß ich nicht mehr "Es gibt keine roten oder schwarze Straßen, es gibt nur taugliche oder untaugliche Straßen". Dieser Satz bringt jedoch zum Ausdruck, dass der Bürger vor Ort eine ergebnisorientierte Politik wünscht. Und das sollte man meiner Meinung nach auch respektieren.

## **6 Nachvollziehbare Entscheidungen fällen und einfordern**

Und vor allem erwartet der Bürger eine nachvollziehbare Argumentation. Und unter nachvollziehbar ist dabei zu verstehen, dass die eigenen Ziele auch benannt werden, und nicht andere Argumente vorgeschoben werden, weil man glaubt, dass diese besser ankommen. Natürlich ist das in der Politik gang und gebe, und das geht auch solange gut, solange das Handeln nicht widersprüchlich wird.

In diesem Zusammenhang geht es um die Abhängigkeit der kommunalen Finanzen von den Finanzen des Landes.





Erklärtes Ziel des jetzigen Ministerpräsidenten war es, zumindest im März vergangenen Jahres vor der Wahl, weniger Geld auszugeben und nicht mehr Geld auszugeben. Die Minderausgaben wurden dann jedoch unter anderem durch Kürzungen bei den Beamtengehältern erreicht und gleichzeitig wurden 180 neue Stellen in den Ministerien geschaffen, deren Mehrkosten sich alleine auf 45 Millionen € in einer Legislaturperiode aufsummieren.

Richtig ist jedoch auch, dass die Zuschüsse für die Kommunen für den Aufbau der Kleinkindbetreuung steigen sollen, ob hier ein tatsächlicher Bedarf an finanzieller Unterstützung gegeben war, ist jedoch fraglich. Die finanzielle Situation der Kommunen ist unterm Strich nämlich wesentlich besser, als die des Landes. Gleichzeitig wird bekannt gegeben, dass der Klassenteiler nicht von 30 auf 28 abgesenkt werden könne, aus finanziellen Gründen. In der Breite wird also keine Verbesserung an den Schulen erreicht, stattdessen werden jedoch 30 Versuchsschulen letztendlich mit verbesserten Finanzmitteln ausgestattet werden, weil hier sonst der Erfolg gar nicht erreichbar ist. Und das Programm Singen – Sprechen – Bewegen in Kooperation mit den Musikschulen und Kindergärten sollte aus finanziellen Gründen gestrichen werden, da mit diesem Programm nicht alle Kinder erreicht würden.

Es ist hier ganz klar ein Muster erkennbar: Wenn man etwas nicht will, wie z.B. den Straßenbau, dann ist dafür kein Geld da, und Ausgaben in diesem Bereich wird als Finanzierung auf Pump bezeichnet. Jene Bereiche jedoch, die aus welchen Gründen auch immer gewollt sind, werden großzügig ausgestattet.

Es ist die Kombination aus unnötigen Ausgabensteigerungen und willkürlich wirkenden Ausgabensenkungen bei eigentlich hervorragenden Steuereinnahmen, die nicht geeignet ist, um Vertrauen in das Finanzgebaren der Landesregierung zu wecken.

Bei der Auseinandersetzung um S21 mag ja der eine oder andere tatsächlich noch geglaubt haben, dass im Widerstand gegen das Projekt die hohe Tugend der schwäbischen Sparsamkeit am Werk ist. Die Wirklichkeit ist jedoch eine andere, Sparsamkeit wird immer dann gezeigt, wenn man etwas nicht will. Und je öfter diese Argumentation gefahren wird, umso inhaltsleerer wird sie, und ist letztendlich ein Ausdruck von Angst vor dem Wähler, weil man in der Öffentlichkeit nicht bereit ist, seine inhaltlichen Gründe und Motive transparent darzulegen.

Was ist, wenn die Landesfinanzen wieder zusammenbrechen, aus welchen Gründen auch immer. Wo wird dann gespart werden ? Ist hier eine Linie



erkennbar oder abschätzbar? Wohl kaum. Es könnte daher klug sein, vorhandene Förderprogramme so zeitnah wie möglich zu nutzen

## **7 Zukunftsfähige Ortsentwicklung**

Aus diesem Grund beantragen wir, im Laufe des Jahres, mögliche zukünftige Sanierungsgebiete zu identifizieren und für diese so schnell wie möglich ein Zuschussverfahren einzuleiten. (Antrag1)

Wir gehen davon aus, dass diese Gebiete nicht zusammenhängend sein müssen. Als mögliche Gebiete kommen nach Einschätzung der CDU die Bahnhofstrasse in Zusammenhang mit dem Friedhof und dem Areal der evangelischen Kirche in Frage, oder auch Abschnitte in der Esslingerstraße und Entenstraße, nicht zuletzt auch die Kesslergasse oder auch eine Fortführung von Maßnahmen im Ortszentrum. Was hierfür geeignet ist, kann und soll zum jetzigen Zeitpunkt nicht festgelegt werden, hierfür ist fachkundige Vorbereitung erforderlich.

## **8 Die Verantwortung für die Schulentwicklung annehmen**

Die größte Abhängigkeit der Kommunalpolitik von der Landespolitik besteht jedoch in der Bildungspolitik, noch vor der Infrastrukturplanung. Schon unter der CDU-geführten Landesregierung hat es eine Verschiebung in der Verantwortung vom Land hin zu den Kommunen gegeben. Der Schulträger ist schon lange nicht mehr nur der Geldgeber, wie sich insbesondere ja bei der Entwicklung der offenen Ganztageschule und auch der Entstehung der Werkrealschule in Neuhausen für Neuhausen und Wolfschlugen gezeigt hat.

Die Fusion zu einem Schulstandort vor jetzt bald zwei Jahren hat viel Kraft in der politischen Auseinandersetzung gekostet, nicht zuletzt im Gemeinderat in Wolfschlugen. Zum Glück wurde die Entscheidung damals für einen gemeinsamen Schulstandort in Neuhausen gefällt.

Diese Entscheidung für einen gemeinsamen Schulstandort liefert nämlich eine gute Ausgangsposition in einer sich weiter verändernden Bildungslandschaft. Die Entscheidung wurde damals gegen die grüne Position in beiden Gremien gefällt, aus heutiger Sicht durchaus paradox, da die Fortführung dieser Veränderung der Bildungslandschaft jetzt von einer grün geführten Landesregierung initiiert wird.





Eines vorneweg – genaues weiß niemand was da kommt. Aber Entwicklungslinien sind durchaus erkennbar. Es mag vielleicht aus dem Munde eines CDU – Politikers komisch klingen, aber an die Veränderungen in der Bildungspolitik müssen wir alle, und vor allem die Eltern, mit einer gewissen Gelassenheit herangehen. Bei der Infrastrukturpolitik habe ich diese Gelassenheit jedoch nicht!

Warum Gelassenheit:

Zunächst ist von dem, was an Phantasien im Wahlkampf herumgeisterte, nichts gekommen. Und zwar gar nichts. Es gibt das dreigliedrige Schulsystem weiterhin, es gibt das Gymnasium weiterhin, es gibt die Werkrealschule, die Realschule, die beruflichen Gymnasien, und und und. In Bezug auf die Schulstruktur ist eigentlich alles beim Alten.

Die entscheidende Veränderung ist zunächst nur der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung, und hier kann niemand abschätzen, was das bedeuten wird.

Run auf das Gymnasium ?  
oder  
Aussterben der Werkrealschule ?  
oder  
Alles drängelt sich in der Realschule ?

Vielleicht gibt es auch zeitversetzte Effekte. Nach dem Run aufs Gymnasium dann ein verstärkter Wechsel ab der 7ten Klasse auf die Realschule. Auch nicht ausschließbar ist eine zunächst einzügige Werkrealschule in Klasse 5 und 6, und dann ergibt sich ab der 7ten oder 8ten der Bedarf einer Zweizügigkeit.

Diese Darstellung der möglichen Entwicklungen soll aufzeigen, dass wir uns alle, die Eltern, die Schüler, die Lehrer, die Schulleitungen und die Kommunalverwaltung, in einem erfahrungsfreien Raum befinden, den wir gemeinsam bewältigen müssen. Um mögliche negative Auswirkungen dieser Unwägbarkeiten vor Ort so weit wie möglich zu vermeiden ist jedoch vor allem eines erforderlich.

Die Schulleitung und das Lehrerkollegium der Friedrich Schillerschule muss die Möglichkeit bekommen, die Gesamtverantwortung für die Entwicklung der



Verbundschule, bestehend aus der Werkrealschule und der Realschule, zu bekommen.

Nach derzeit geltenden Bestimmungen ist nämlich kein Kapazitätsausgleich der Lehrerstellen zwischen Werkrealschule und Realschule möglich. Das führt zu vollkommen unnötigen Abgrenzungen und vor allem zu einer wenig hilfreichen Personalfluktuations. Es kann nicht effektiv und effizient sein, dass in der einen Schulart die Lehrer von der Schule wegmüssen, weil die Schülerzahlen sinken – und in der anderen Schulart neue Lehrer kommen, weil hier die Schülerzahlen steigen, und das alles unter einem Dach und einer Schulleitung. Hier ist die Verwaltung und ganz konkret der Bürgermeister gefordert.

Die CDU beantragt daher, Ihnen Herrn Bürgermeister einen entsprechenden Verhandlungsauftrag für hoffentlich erfolgreiche Gespräche mit den Schulbehörden auf den Weg zu geben. (Antrag 2)

Eines jedoch noch zur Zukunft der Schulen:

Es hat sich kein einziges Gymnasium für den Versuch einer sogenannten Gemeinschaftsschule beworben. Es sind alle Realschulen mit einem Werkrealschulzug, die sich hierfür bereit erklärt haben. Wir haben damit in unserer sehr gemischten Bildungslandschaft einen neuen bunten Vogel dazubekommen – und das ist vermutlich gar nicht tragisch. Jetzt muss sich noch zeigen, welches pädagogische Konzept sich hier durchsetzen wird, denn es stehen hier durchaus zwei konträre Ansätze einander gegenüber.

Der eine Ansatz ist ein gemeinschaftsorientierter, der das sogenannte längere gemeinsame Lernen in den Mittelpunkt rückt, der Stärkere hilft dem Schwächeren, die Erziehung zur Gemeinschaft spielt hier eine große Rolle. So sympathisch dieser Ansatz auch klingen mag, er ist eine Fehlentwicklung, denn er bremst die Begabten und die Bedürftigen werden trotzdem nicht ausreichend gefördert. Hier ist kein besseres Bildungsergebnis zu erwarten.

Der andere Ansatz hingegen rückt verstärkt den oder die Einzelne in den Mittelpunkt, nicht die gegenseitige Hilfestellung ist das Ziel, sondern der Erwerb einer individuellen Lernkompetenz. Nicht die Erziehung für sondern durch die Gemeinschaft ist hier das Konzept. Es wird kaum einen geben können, der ein solches Ziel nicht verwirklicht sehen möchte – viele nicht zuletzt auch aus der Reflexion der eigenen Lernbiographie.



Es sollten hier aber zwei Dinge nicht außer Acht gelassen werden. Zum einen stellt dieser Weg sehr hohe Ansprüche an die Identität und die Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer. Zum anderen ist es jedoch nicht nur eine Frage der Qualität, sondern auch der Quantität an Lehrern, um ein verstärktes individuelles Lernen zu ermöglichen. Und der schon erwähnte Beschluss der Landesregierung, den Klassenteiler nicht zu reduzieren zeigt doch, dass man irgendwie im Bildungsbereich an die natürlichen Wachstumsgrenzen stößt.

Nun mag man sagen, das muss uns die Kinder wert sein, doch bitte vorher die Zahlen anschauen. Über 40% des Landeshaushalts flossen 2009 in den Bildungsbereich, das sind fast 10 Milliarden €. Gewissermaßen in einem Jahr, einmal Stuttgart 21 hin und zurück. Und darin sind die Kosten der Kommunen noch nicht enthalten. Wer hier eine Ausweitung des Bildungsetat will, muss das entweder auf Kosten anderer Bereiche machen, oder es werden höhere Steuereinnahmen benötigt, die wiederum nur aus einem höheren Wirtschaftswachstum kommen können.

Die Katze beißt sich also in den Schwanz, und insbesondere der grüne Anteil der Landesregierung muss für hier einmal eine Zielabklärung vornehmen – nicht umsonst hat Nils Schmid seinen Koalitionspartner vor einer „Verzichtsrhetorik“ gewarnt.

Letztendlich wird also die wirtschaftliche Gesamtentwicklung und die Ergebnisse der Versuchsschulen zeigen, was möglich ist, und was nicht.

Auf diesem Hintergrund ist eine abwartende Haltung des Kollegiums in der Friedrich Schiller Schule bestimmt sehr vernünftig.

Aufgrund der ungewissen Situation erscheint es jedoch auf jeden Fall erforderlich, dass die Schulleitung der Friedrich Schiller Schule und Vertreter des Gemeinderates mindestens einmal im Jahr zusammenkommen, um über den Stand der Entwicklung in der FSS rechtzeitig informiert zu sein und um als Gemeinde auf die sich verändernden Anforderungen angemessen reagieren zu können. (Antrag 3)

Es geht ja auch nicht nur um die Schulart, sondern auch andere Dinge, wie den zu erwartenden Schritt zur Ganztagschule, der schließlich von der Gemeinde finanziert werden müsste. Aus Sicht der CDU erscheint es sinnvoll, eine solche Vorberatung zur Schulentwicklung im Ältestenrat zu machen, und wir beantragen, darüber im Gemeinderat zu beraten und zu beschließen.



## 9 Eine Kindertagesstätte bei der Friedrich Schillerschule bauen

Gerade noch rechtzeitig hat der Gemeinderat im vergangenen Jahr in seiner Klausurtagung beschlossen, westlich von der Friedrich Schiller Schule und südlich von der Katastrophenschutzschule eine neue Kindertagesstätte zu errichten. Eine spätere Entscheidung hätte nämlich bedeutet, dass es fast unmöglich geworden wäre, den bis zum Jahr 2013 begrenzten Zuschuss des Bundes von 10t€ je Platz noch zu bekommen. Aber auch so ist es ambitioniert, bis zu diesem Zeitpunkt das Objekt gebaut und abgerechnet zu haben. Dem Ortsbauamt geht die Arbeit nicht aus.

Nun kann jedoch die Kindertagesstätte nicht losgelöst von der Umgebung betrachtet werden. Es gibt hier in alle vier Himmelsrichtungen sensible Übergänge, die es zu berücksichtigen gilt. Den Übergang zum Wald, zur Wohnbebauung, zur Katastrophenschutzschule mit Kapelle und zur Schule.

Derzeit ist noch unklar, wie die Gemeindeverwaltung diese Städtebauliche Aufgabenstellung angehen will. Die CDU beantragt daher, daß die Gemeindeverwaltung hier mit Blick auf die Zeitschiene so schnell wie möglich einen Verfahrensvorschlag zur Lösung der städtebaulichen Aufgabenstellung unterbreitet. (Antrag 4) Die CDU beantragt in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass die Rupert – Mayer – Kapelle als ein Gebäude im Eigentum der Gemeinde ein Bestandteil dieser Untersuchung ist. Die CDU sieht die Gemeinde hier im Übrigen in der Pflicht, die Kapelle als Kulturgut zu bewahren.

Und auch hier wird wieder ein Wirtschaftswachstum benötigt, um die Aufgabenstellung finanzieren zu können.

## 10 Die Energiewende vor Ort in die Hand nehmen

Und man kommt immer wieder zu der Fragestellung zurück, wie muss ein solches Wirtschaftswachstum denn gestaltet sein, um es ökologisch verantworten zu können.

Im vergangenen Jahr haben wir hierzu eine klare Vorstellung geäußert. Die CDU hat beantragt, dass zukünftig neue Wohn- und Gewerbegebiete zu 100% mit erneuerbarer Energie beheizt werden. Dieses Anliegen ist derzeit zusammen mit allen anderen Energieanträgen der einzelnen Fraktionen bei der Gemeindeverwaltung in Bearbeitung. Dennoch halten wir es für erforderlich,



diesen Antrag dieses Jahr noch einmal in Erinnerung zu rufen und dann auch zu ergänzen.

Zum einen erwarten wir, dass dieses Anliegen bei der Planung des Quartier für Generationen umgesetzt wird und bitten die Gemeindeverwaltung hier um einen zeitnahen Bericht, wie das umgesetzt werden kann. (Antrag 5)

Zum anderen halten wir es für erforderlich, dass in Neuhausen eine Energiegenossenschaft unter der Federführung der Gemeinde Neuhausen gegründet wird, an der jede Bürgerin und jeder Bürger sich beteiligen kann. (Antrag 6)

Vielleicht kann ja durch eine Investition aus der Bürgerschaft eine Kraft-Wärme-Kopplungsanlage beim Quartier für Generationen ermöglichte werden. Aber vielleicht ist auch an ganz anderer Stelle in Baden Württemberg ein sinnvolles und reizvolles Projekt gegeben. Die CDU würde sich freuen, wenn Verwaltung und Gemeinderat einem solchen Anliegen positiv gegenüber ständen, und vielleicht können uns die Finanzfachleute bei den Freien Wählern hier auch weiterhelfen, wie man so etwas gestalten kann.

## **11 Den Saalbau zum Festsaal machen**

Unser Ziel ist die Nachhaltigkeit, nicht nur beim Klimaschutz. Die sozio-kulturelle Dimension im sogenannten Nachhaltigkeitsdreieck spielt letztendlich die alles entscheidende Rolle. Erst aus einer sozialen und kulturellen Beziehung heraus können Ökonomie und Ökologie eine Bedeutung bekommen.

Die Suche nach Bedeutung ist immer auch die Suche nach Einzigartigkeit innerhalb der Vielfalt. Und die Suche nach Bedeutung für einen Ort wie Neuhausen ist daher immer die Suche nach den Dingen, die auch unabhängig von den Menschen, diesen Ort so lebenswert und liebenswert machen.

Und bei dieser Suche werden wir unweigerlich auf jene Orte stoßen, an denen wir uns gerne aufhalten, oder gerne aufhalten würden, und die uns unersetzlich erscheinen – und das sind die historischen Gebäude in ihrer Vielzahl und auch ihrer Dichte, die einem Bedeutung und Geborgenheit vermitteln können.

Damit ist keine historisierende Wehmut gemeint, die Sanierung des Gebäudes in der Bahnhofstraße 1 zeigt doch genau, was für ein Potential hier gegeben ist. Der Löwen wird wohl bald folgen, man kann nur Respekt vor demjenigen



haben, der sich solchen Projekten mit Leidenschaft zuwendet. Das Rathaus wurde vor Jahren schon auf Vordermann gebracht, das obere Schloss ist fertig und jetzt sollen dieses Jahr der Ochsen und der Saalbau folgen.

Beim Ochsen wurde gewissermaßen schon bei seiner letzten Sanierung eine Spur gelegt, wie mit dem Gebäude verantwortlich umgegangen werden kann. Und da die Atmosphäre aus der Zeit des Jugendstils bis heute spürbar ist, bedarf es hier eigentlich nur einer planerischen Konkretisierung.

Beim Saalbau sieht die Situation jedoch anders aus. Als ich das Lichtbild des Saales aus dem Jahr 1906 letzten Jahres durchaus zum wiederholten Mal in die Hände bekam ist mir jedoch zum ersten so richtig Mal aufgefallen, was mit dem Saal im Laufe der Zeit passiert ist, und warum er, im Unterschied zum Ochsenaal dabei seine ursprüngliche Atmosphäre fast vollständig verloren hat.

Viele kennen das Foto und wissen, dass der Saal eine sehr schöne Ornamentausmalung hatte. Beim näheren Hinschauen fallen einem dann auch wunderbare Stuckmarmorsäulen auf. Und auch die Balustrade war entsprechend dem Rhythmus der Säulen reliefartig gegliedert.

Doch zum ersten Mal ist mir aufgefallen, dass so, wie es Plätze unter der westlichen Empore gibt, es ursprünglich auch Plätze unter der östlichen Empore gab. Erst da habe ich gemerkt, dass die Fläche der Bewirtschaftung sich im Laufe der Zeit – aus verständlichen Gründen – in den Saal hinein erweitert hat, ohne dabei jedoch Rücksicht auf dessen Gestaltung und Atmosphäre zu nehmen.

Mit diesem Lichtbild von 1906 vor Augen möchte die CDU daher dem Gemeinderat, der Verwaltung und der ganzen Bürgerschaft vorschlagen, sich von der Atmosphäre aus dieser Zeit gewissermaßen verführen zu lassen und diese Atmosphäre wieder aufleben zu lassen.

Wir sind der festen Überzeugung – dass es dieser Saal verdient hat und dass es möglich ist, hier einen Festsaal entstehen zu lassen, der eine ganz eigene Qualität hat und der sich nicht mehr hinter dem Ochsenaal verstecken muss.

Wir sind uns bewusst, dass dann die derzeitige Wirtschaft in dieser Form nicht mehr möglich ist, wir glauben aber, dass eine ständig bewirtschaftete Nutzung des Saals eine sehr reizvolle Lösung wäre.





Im Augenblick beantragen wir jedoch nur, hier in der Planung innezuhalten, und das Ziel neu zu formulieren. Wir beantragen, dass der Saalbau unter Wahrung seiner ursprünglichen Gestalt einer grundlegenden Renovierung zugeführt wird. (Antrag 7)

## **12 Die Freiwillige Feuerwehr unterstützen**

Enden möchte ich mit dem Anliegen, dass wir in Neuhausen der freiwilligen Feuerwehr zu großem Dank verpflichtet sind – und dass dieser Dank in einem direkten Zusammenhang mit den zuletzt gemachten Ausführungen zum Saalbau steht. Die Gefahr durch die Entstehung eines Brandes ist nämlich in historischen Gebäuden um ein Vielfaches höher, als in modernen Gebäuden, und ohne eine Einbeziehung des bekämpfenden Brandschutz in die Sicherheitskonzepte ist weder der Schutz von Leib und Leben noch der Schutz und der Erhalt der historischen Bausubstanz selbst zu erreichen. Eine moderne und leistungsfähige Ausstattung der freiwilligen Feuerwehr ist für die CDU daher jetzt und in Zukunft daher eine Selbstverständlichkeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und außerordentlicher Dank an die gesamte Gemeindeverwaltung, die ich im vergangenen Jahr als aufmerksamen, leistungsbereiten und leistungsfähigen Partner wahrgenommen habe.

Andreas Bewer  
CDU – Fraktionsvorsitzender



Antragsnummer	2012 - 01
Ziel:	<b>Zukunftsfähige Ortsentwicklung</b>
Maßnahme:	<b>Neue Sanierungsgebiete ausweisen</b>
Zielerläuterung und Maßnahmenbegründung:	<p>Mögliche Sanierungsgebiete identifizieren und für diese so schnell wie möglich ein Zuschussverfahren einleiten.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass diese Gebiete nicht zusammenhängend sein müssen. Als mögliche Gebiete kommen nach Einschätzung der CDU die Bahnhofstrasse in Zusammenhang mit dem Friedhof und dem Areal der evangelischen Kirche in Frage, oder auch Abschnitte in der Esslingerstraße und Entenstraße, nicht zuletzt auch die Kesslergasse oder auch eine Fortführung von Maßnahmen im Ortszentrum. Was hierfür geeignet ist, kann und soll zum jetzigen Zeitpunkt nicht festgelegt werden, hierfür ist fachkundige Vorbereitung erforderlich.</p>
Vorgehensweise:	Analyse und Vorschläge durch die Gemeindeverwaltung Beratung und Verabschiedung im Gemeinderat danach Vergabe von Planungsaufträgen.
Verantwortlich:	Bürgermeister, Ortsbaumeister, externe Beratung
Zeit:	2012



Antragsnummer	2012-02
Ziel:	<b>Die Verantwortung für die Schulentwicklung annehmen</b>
Maßnahme:	<b>Gespräche des Bürgermeisters mit der Schulverwaltung mit dem Ziel, dass die Abgrenzung in der Personalplanung zwischen der Werkreal- und Realschule aufgehoben wird.</b>
Zielerläuterung und Maßnahmenbegründung:	<p>Die Schulleitung und das Lehrerkollegium der Friedrich Schillerschule muss die Möglichkeit bekommen, die Gesamtverantwortung für die Entwicklung der Verbundschule, bestehend aus der Werkrealschule und der Realschule, zu bekommen.</p> <p>Nach derzeit geltenden Bestimmungen ist nämlich kein Kapazitätsausgleich der Lehrerstellen zwischen Werkrealschule und Realschule möglich.</p> <p>Das führt zu vollkommen unnötigen Abgrenzungen und vor allem zu einer wenig hilfreichen Personalfluktuations. Es kann nicht effektiv und effizient sein, dass in der einen Schulart die Lehrer von der Schule wegmüssen, weil die Schülerzahlen sinken – und in der anderen Schulart neue Lehrer kommen, weil hier die Schülerzahlen steigen, und das alles unter einem Dach und einer Schulleitung gefordert.</p>
Vorgehensweise:	Beauftragung des Bürgermeisters mit einem Beschluss des Gemeinderates
Verantwortlich:	Bürgermeister
Zeit:	März 2012



Antragsnummer	2012-03
Ziel:	<b>Die Verantwortung für die Schulentwicklung annehmen</b>
Maßnahme:	<b>Schulentwicklung im Ältestenrat mit der Schulleitung beraten</b>
Zielerläuterung und Maßnahmenbegründung:	Aufgrund der Ungewissen bei der Schulentwicklung erscheint es erforderlich, dass die Schulleitung der Friedrich Schiller Schule und Vertreter des Gemeinderates mindestens einmal im Jahr zusammenkommen, um über den Stand der Entwicklung rechtzeitig informiert zu sein und um als Gemeinde auf die sich verändernden Anforderungen angemessen und zeitnah reagieren zu können.
Vorgehensweise:	Beratung und Beschlussfassung im Gemeinderat
Verantwortlich:	Bürgermeister
Zeit:	März 2012



Antragsnummer	2012-04
Ziel:	<b>Eine Kindertagesstätte bei der Friedrich Schillerschule bauen</b>
Maßnahme:	<b>Städtebauliche Planung für die neue Kindertagesstätte bei der Friedrich Schillerschule unter Berücksichtigung der Übergänge zum Wald, der Wohnbebauung, der Katastrophenschutzschule und der Friedrich- Schiller-Schule unter Einbeziehung der Rupert – Mayer - Kapelle</b>
Zielerläuterung und Maßnahmenbegründung:	Mit Blick auf die Zeitschiene wird so schnell wie möglich einen Verfahrensvorschlag zur Lösung der städtebaulichen Aufgabenstellung benötigt. Die Städtebauliche Planung soll unter Einbeziehung der Rupert – Mayer – Kapelle erfolgen. Die Rupert Mayer Kapelle soll dabei als Kulturgut im Eigentum und der Gemeinde Neuhausen erhalten werden.
Vorgehensweise:	Beratung und Beschlussfassung im Gemeinderat
Verantwortlich:	Bürgermeister, Kämmerer, Ortsbaumeister
Zeit:	April 2012



Antragsnummer	<b>2012-05</b>
Ziel:	<b>Die Energiewende vor Ort in die Hand nehmen</b>
Maßnahme:	<b>Heizenergieversorgung des Quartier für Generationen zu 100% aus erneuerbarer Energie</b>
Zielerläuterung und Maßnahmenbegründung:	Siehe 2011 Nr. 04 Ökologischer Umbau unserer Gesellschaft
Verantwortlich:	Bürgermeister, Kämmerer, Ortsbaumeister
Zeit:	2012

Antragsnummer	<b>2012-06</b>
Ziel:	<b>Die Energiewende vor Ort in die Hand nehmen</b>
Maßnahme:	<b>Gründung einer Energiegenossenschaft unter der Federführung der Gemeinde Neuhausen.</b>
Zielerläuterung und Maßnahmenbegründung:	Siehe 2011- 04 Ökologischer Umbau unserer Gesellschaft
Verantwortlich:	Bürgermeister, Kämmerer, Ortsbaumeister
Zeit:	Juni 2012





Antragsnummer	<b>2012-07</b>
Ziel:	<b>Den Saalbau zum Festsaal machen</b>
Maßnahme:	<b>Renovierung des Saalbaus unter Wahrung der seiner ursprünglichen (historischen) Gestalt</b>
Zielerläuterung und Maßnahmenbegründung:	Siehe Haushaltsrede
Vorgehensweise:	Beratung und Abstimmung
Verantwortlich:	Bürgermeister, Ortsbaumeister, Kämmerer
Zeit:	April 2012